



derStandard.at | Investor | Finanzen & Börse | Banken | Banken-U-Ausschuss

30. Mai 2007
06:26 MESZ

"AMIS-Tag" heute im Parlament

Staatsanwalt Krakow und Steuerberater Keppert geladen - weiterer Fahrplan und weitere Ladungen ebenfalls Thema

Wien - Ein "AMIS-Tag" steht dem Banken-Untersuchungsausschuss am heute im Parlament bevor. Die geladenen Auskunftspersonen sollen nähere Informationen zur Pleite des Wiener Fondsanbieters AMIS bringen, wo rund 60 Mio. Euro Kundengelder offenbar verschwunden sind und ein Gerichtsverfahren bevorsteht.

Geladen sind Gabriele Popp vom AMIS-Wirtschaftsprüfer BDO Auxilia Treuhand GmbH, Gerald Resch von der Finanzmarktaufsicht (FMA) sowie Manfred Biegler von der 7TC Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H. Weiters soll Staatsanwalt Georg Krakow von der Staatsanwaltschaft Wien auf die Fragen der Abgeordneten Auskunft erteilen. Schließlich ist noch AMIS-Steuerberater Thomas Keppert auf der Ladungsliste.

Durch die AMIS-Pleite wurden rund 16.000 Anleger, darunter rund 10.000 in Österreich, um rund 62 Mio. Euro geschädigt. Die früheren Gründer des Wiener Wertpapierdienstleisters AMIS, Dietmar Böhmer und Harald Loidl, sind seit rund eineinhalb Jahren in Haft. Die beiden waren im November 2005 in Venezuela festgenommen worden. Böhmer und Loidl sind wegen des Verdachts auf gewerbsmäßigen Betrug angeklagt, es gilt die Unschuldsvermutung.

Weiterer Fahrplan und weitere Ladungen

Abseits der gerichtsanhängigen Causa AMIS muss sich der U-Ausschuss auch mit dem weiteren Fahrplan und weiteren Ladungen befassen. Für eine Unterbrechung der Sitzungen bis nach den Gerichtsprozessen bei BAWAG und AMIS plädiert das BZÖ-Mitglied, Abgeordneter Josef Bucher. Der Ausschuss solle die Arbeit ordentlicher Gerichte abwarten, bevor politische Schlußfolgerungen. Es könne nämlich nicht ausgeschlossen werden, dass nach den beiden Gerichtsprozessen neue Verdachtsmomente auftauchen, denen man dann hinsichtlich der politischen Verantwortung nachgehen müsste. Die Aussagen einiger Auskunftspersonen seien bisher nämlich eher sehr dürftig ausgefallen und hätten keine neuen Erkenntnisse gebracht. "Wir haben uns bei vielen Befragungen oft Stunden im Kreis gedreht, ohne konkrete Antworten bekommen zu haben", übt Bucher Kritik.

Die FPÖ wird im Ausschuss einen Antrag auf Vorlage des Steueraktes von Ex-Bundeskanzler Franz Vranitzky (S) stellen, um endlich "Licht ins Dunkel des aufgewärmten Käsekuchens" zu bringen, so Martin Graf, Vorsitzender des Banken-Ausschusses, am Dienstag in einer Aussendung. Da die Aussagen von Vranitzky und dem in der BAWAG-Causa angeklagten Investmentbanker Wolfgang Flöttl "gegenläufig" seien, könne der

Steuerakt Vranitzkys Aufklärung bringen. Graf möchte Näheres über das von Flöttl an Vranitzky gezahlte Honorar von rund einer Million Schilling (72.673 Euro) wissen, insbesondere ob es von Vranitzky im Jahr 2000 für Prozesskosten und Entschädigungszahlungen wegen des verlorenen Prozesses gegen Hans Pretterebner bzw. dessen Verlag in der Höhe von rund 1 Million Schilling als Abzugsposten steuerlich geltend gemacht worden sei. (APA)

© 2007 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.

Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.